

Antrag

der Abgeordneten Steffen Kotré, Karsten Hilse, Marc Bernhard, Dr. Rainer Kraft, Dr. Christina Baum, Gereon Bollmann, Stephan Brandner, Thomas Dietz, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Mariana Iris Harder-Kühnel, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Verkauf der Wintershall Dea AG stoppen – Deutsche Energieversorgung schützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der deutsche Chemiekonzern BASF plant den Verkauf seiner Tochter Wintershall Dea an das britische Unternehmen Harbour Energy¹. Der Vereinbarung zwischen BASF und Harbour Energy nach würden unter anderem Explorationsrechte in Deutschland, Dänemark, Norwegen, aber auch in Afrika und Südamerika an Harbour Energy übertragen, aber auch Lizenzen zur Abscheidung und Speicherung von CO₂².

Durch die geplante Fusion würde Deutschlands einziger Öl- und Gasförderer seine Eigenständigkeit verlieren, obwohl Gas und Öl auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Energieversorgung Deutschlands spielen müssen und werden. Ein Verkauf würde die Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung vom Ausland weiter erheblich erhöhen.

Ein Gutachten der Frankfurter Wirtschaftskanzlei Schalast im Auftrag der Stiftung Clean Energy Forum kommt zu dem Ergebnis, dass Wintershall Dea als „kritischer Betreiber von Gasförderanlagen“ anzusehen ist und ein Verkauf der entsprechenden Unternehmensanteile „als besonders sicherheitsrelevant“ einzustufen ist, da Wintershall entsprechende Infrastruktur betreibt³.

Das Gutachten bestätigt zudem Befürchtungen, nach dem ein Verkauf zu einem Know-how-Verlust hinsichtlich Verfahren zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ führen wird.

Der Verlust von hunderten Arbeitsplätzen in Deutschland kommt hinzu.

¹ www.basf.com/global/de/media/news-releases/2023/12/p-23-384.html

² www.businessinsider.de/wirtschaft/gefahrdung-der-oeffentlichen-sicherheit-warum-gutachter-den-verkauf-der-basf-tochter-wintershall-kritisieren/

³ www.businessinsider.de/wirtschaft/gefahrdung-der-oeffentlichen-sicherheit-warum-gutachter-den-verkauf-der-basf-tochter-wintershall-kritisieren/

Eine Übernahme durch Harbour Energy kann nach dem Außenwirtschaftsrecht untersagt werden, da das Unternehmen nicht aus der EU stammt.

Nach Presseberichten will die Bundesregierung den Verkauf einer Investitionsprüfung nach den Bestimmungen der Außenwirtschaftsordnung unterziehen⁴. Neueren Berichten zufolge will das BMWK eine Prüfung nach Außenwirtschaftsverordnung jedoch nicht bestätigen⁵.

Im Bericht des Bundeswirtschaftsministeriums (Drucksache 20(25)552) vom 16.01.2024 äußert das Bundesministerium sogar, dass „...bisher ... das BMWK aktuell nicht davon aus[geht], dass die angestrebte Transaktion ... Auswirkungen auf die Energiesicherheit in Deutschland haben könnte.“

Die ideologische und realitätsferne Politik der Bundesregierung lässt jedoch befürchten, dass bei dieser Prüfung die Energiesicherheit Deutschlands, sollte sie stattfinden, erneut als nebensächlich betrachtet wird. Diese Befürchtung nährt sich beispielsweise aus der Abschaltung der letzten verbliebenen Kernkraftwerke trotz der sich immer deutlicher abzeichnenden Energiekrise, sowie am Festhalten an den Plänen für einen Ausstieg aus der Kohleverstromung trotz – auch mittelfristig – nicht realistisch zu erwartendem Ersatz – schon gar keinem wirtschaftlichen.

Gerade die Intransparenz der Entscheidung zur Abschaltung der Kernkraftwerke lässt den Bundestag an der Vertrauenswürdigkeit der Bundesregierung sowie ihrem Handeln zum Wohle Deutschlands in Bezug auf ihre Energiepolitik zweifeln⁶.

Hintergrund des geplanten Deals ist offenbar der Gewinn- und Umsatzrückgang von BASF⁷, der neben milliardenschweren Abschreibungen bei Geschäften der Tochter Wintershall Dea, bedingt durch die Maßnahmeneskalation im Rahmen des Russland-Ukraine-Konflikts, nicht zuletzt auf die verheerende ideologische und planwirtschaftliche Energie- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zurückzuführen ist.

Der Bundestag ist in großer Sorge, dass die Bundesregierung die strategische Bedeutung der Gas- und Ölindustrie zum Schaden Deutschlands verkennt und durch ein leichtfertiges Durchwinken des Verkaufes von Wintershall Dea die Zukunftsfähigkeit unseres Landes weiter schädigt, weil sie sich einer von irrationalen Visionen getriebenen Energiepolitik verschrieben hat und trotz eines absehbaren Scheiterns ihrer Pläne nicht bereit ist, von diesen abzurücken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den geplanten Verkauf frei von ideologischen Vorurteilen auf konventionelle Energiequellen streng nach außenwirtschaftlichen und kartellrechtlichen Kriterien zu prüfen;
2. dabei die Sicherheit der deutschen Energieversorgung sowie die Erhaltung des damit verbundenen Know-hows in Deutschland zu priorisieren;
3. dabei die Folgen eines Verkaufes nicht durch mittlerweile leider übliche, haltlose und unbezahlbare Zukunftsvisionen der Bundesregierung von einer Wasserstoffwirtschaft oder anderer Versprechungen schönzureden;
4. den Verkauf der BASF-Tochter Wintershall bei Vorliegen von Nachteilen für Deutschland zu untersagen;

⁴ www.handelsblatt.com/politik/deutschland/energieversorgung-gutachter-verkauf-von-wintershall-koennte-oeffentliche-sicherheit-gefahrdet/100008833.html

⁵ www.hna.de/kassel/berlin-diskutiert-wintershall-deal-von-basf-und-harbour-energy-92788753.html

⁶ www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/robert-habeck-unter-druck-atomausstieg-rechtswidrig-li.2179380

⁷ www.wiwo.de/unternehmen/industrie/chemie-gewinneinbruch-bei-basf-ein-warnzeichen-fuer-die-gesamte-branche/29611842.html

5. die Energieversorgung Deutschlands wieder an den Kriterien Wirtschaftlichkeit, Verlässlichkeit und Umweltfreundlichkeit auszurichten, damit Unternehmen wie BASF nicht weiter genötigt werden, aufgrund hanebüchener „grüner“ Zukunftsversprechen einerseits und einer Schikanierung der bewährten Energieversorgungsunternehmen andererseits eine Zukunft in Deutschland als aussichtslos zu betrachten;
6. einen Bericht vorzulegen, inwieweit die sozial-ökologische Transformation sich gegen den Steuerzahler und den Arbeitsmarkt, am Beispiel der Wintershall/Dea-Standorte Hamburg und Kassel, richtet.

Berlin, den 11. November 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

